Freitag, 24. Januar 1947 Blatt 5 — Der Zürcher Zeitung 168. Jahrgang — Preis 15 Rp. Abendausgabe Nr. 149

Neue Zürcher Zeitung

und schweizerisches Handelsblatt

Täglich drei Ausgaben — Telephon 32 71 00 — Redaktion: Falkenstraße 11, Zürich

Alters- und Hinterlassenenversicherung

Der Kampf beginnt

✪ Nachdem die Kreise, die dem bundesrätlichen Projekt über die Alters- und Hinterlassenenversicherung am meisten Opposition gemacht hatten — Genfer Aktionskomitee, Partei der Arbeit, Landesring —, überraschenderweise auf die Einleitung des Referendums verzichtet hatten und schon hier und dort die Frage zu hören war, ob überhaupt ein Referendum zustande komme, hat nun die „zweite Garnitur" der Gegner acht Tage nach der Veröffentlichung der Gesetzesvorlage vom 20. Dezember 1946 im Bundesblatt ein *Referendumskomitee* gebildet. Darin vertreten sind vorwiegend Persönlichkeiten aus dem *liberal-konservativen* und *katholisch-konservativen* Lager. Mit der Bildung dieses Komitees beginnt der *letzte und entscheidende* Kampf um die Alters- und Hinterlassenenversicherung.

Braucht die Vorlage vom 20. Dezember 1946 diesen Kampf zu *scheuen?* Wir glauben, daß sie ihn weniger zu scheuen braucht als jede andere denkbare Vorlage über die Alters- und Hinterlassenenversicherung. Sie stellt unter den heutigen Verhältnissen wohl diejenige Lösung dar, die unter Berücksichtigung aller Gegebenheiten und Erfordernisse dem schwierigen Fragenkomplex am besten gerecht wird. Sie ist *keine Ideallösung* — eine Ideallösung der Alters- und Hinterlassenenversicherung ist wegen der Gegensätzlichkeit der gleichzeitig zu lösenden Fragen überhaupt und unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen unseres Landes erst recht nicht möglich — sie ist ein *Verständigungswerk.* Bei dessen Errichtung hat keine Partei, keine Interessengruppe gesiegt — gesiegt hat der *Verständigungswille,* der jede Gruppe zu wiederholtem Nachgeben veranlaßte. Dies zeigt sich augenfällig in den eidgenössischen Ratsälen und hinter deren Kulissen, wo die größeren Fraktionen ihre Sonderwünsche fast immer so weit zurückschraubten, daß ihnen auch die andern Fraktionen zustimmen konnten. Ohne diesen Verständigungswillen wäre es ganz unmöglich gewesen, das komplizierte Werk in so kurzer Zeit durchzuberaten und ihm zu einer imponierenden Annahme zu verhelfen.

Einer Verständigungslösung haftet immer der *Nachteil* an, daß ihr eigentlich niemand restlos überzeugt zustimmen kann, weil jedermann den einen oder andern seiner Wünsche unberücksichtigt sieht. Sie verlangt daher von jedermann ein schönes Maß Selbstbeschränkung und *staatsbürgerliche Einsicht.* Auf der andern Seite kann nur eine Verständigungslösung, der zuzustimmen den links und rechts und in der Mitte stehenden Bürgern zugemutet werden kann, Aussicht auf Erfolg haben.

Die Vorlage vom 20. Dezember 1946 erfüllt unseres Erachtens die Voraussetzungen, die den Bürgern aller Richtungen die Zustimmung erlaubt. Wäre man hinsichtlich der *Rentenhöhe* so weit gegangen, wie es von Linkskreisen beantragt worden war, so könnte das Bürgertum nicht mehr mitmachen, da bereits die im Gesetz vorgesehenen Renten finanzielle Anforderungen stellen, die als Maximum des noch Tragbaren bezeichnet werden müssen. Wäre man weniger weit gegangen, so könnten die Linkskreise einschließlich der Gewerkschaften nicht mehr mitmachen, da sie die in der Vorlage enthaltenen Ansätze als soziales Minimum betrachten. Das gleiche gilt für verschiedene andere Belange, so zum Beispiel für die *Durchführung,* die in die Hände der Kantone und Berufsverbände gelegt wird und somit den bürgerlichen und föderalistischen Anschauungen entspricht, gleichzeitig aber die Arbeiterschaft daran in einer Weise teilhaben läßt, die auch den Linkskreisen die Zustimmung ermöglicht.

Sollte dieses Verständigungswerk vom Volke abgelehnt werden, so darf füglich behauptet werden, daß in absehbarer Zeit jede andere Lösung noch weniger Aussicht hätte, vom Volk gutgeheißen zu werden. Nach der Ablehnung der Lex Schultheß mit ihren Einheitsbeiträgen und Einheitsrenten im Jahre 1931 und nach der Verwerfung der ganz anders gearteten, auf der allgemein anerkannten Lohn- und Verdienstersatzordnung beruhenden, Leistungen und Gegenleistungen sozial abstufenden Vorlage vom Dezember 1946 wüßten wir tatsächlich keinen *grundsätzlich neuen Weg,* auf dem das Schweizervolk gewillt sein könnte, mitzugehen. Jedenfalls ist weder das Projekt des Genfer Aktionskomitees, noch jenes der Partei der Arbeit, noch irgend ein anderes der bekannt gewordenen Projekte derart, daß ihm auch nur annähernd gleiche Chancen eingeräumt werden könnten wie der Gesetzesvorlage. Deshalb scheint uns, daß der nun einsetzende Kampf nicht nur ein Kampf um die Vorlage vom Dezember 1946 sein wird, sondern ein Kampf um die Alters- und Hinterlassenenversicherung schlechthin.

Darüber vermag auch die Erklärung des Referendumskomitees, daß nicht dem allgemein anerkannten *Prinzip* der Alters- und Hinterlassenenversicherung Opposition gemacht, sondern vielmehr dem Schweizervolk Gelegenheit geboten werden soll, sich über das jetzt vorliegende Projekt zu äußern, *nicht hinwegzutäuschen.* Dies um so weniger, als im Referendumskomitee ja ungefähr die gleichen Kreise vertreten sind, die schon die Lex Schultheß bekämpft haben. Kann man Leuten, die zwei verschiedene, vom Parlament fast einstimmig angenommene Gesetzesvorlagen bekämpfen, noch den guten Glauben zubilligen, wenn sie behaupten, für das Prinzip der Alters- und Hinterlassenenversicherung zu sein? Man könnte es, wenn diese Leute gleichzeitig den Weg aufzeigen würden, der besser zum Ziel führt. Mit vagen Andeutungen wäre es allerdings nicht getan.

Die Freunde der Alters- und Hinterlassenenversicherung sind sich bewußt, daß es im Jahre 1947 um Sein oder Nichtsein der staatlichen Alters- und Hinterlassenenversicherung geht. Sie werden daher der Vorlage auch dann zustimmen, wenn diese nicht alle ihre Wünsche erfüllt. Mögen die Gegner der Alters- und Hinterlassenenversicherung den Mut haben, zu ihrer *Ueberzeugung,* die durchaus nicht ehrenrührig ist und mit beachtlichen Gründen vertreten werden kann, zu stehen, damit der große Kampf mit *offenem Visier* geführt werden kann und sich nicht in verwirrenden Geplänkeln über zweitrangige Fragen verliert. Nur so wird es zu der dringend notwendigen Abklärung kommen, ob das Schweizervolk überhaupt noch eine Alters- und Hinterlassenenversicherung will oder nicht. Die Verwerfung der Vorlage vom Dezember 1946 könnte kaum anders gedeutet werden als eine Abkehr des Volkes von dem im Jahre 1925 eindrücklich dokumentierten und in der Bundesverfassung verankerten Willen zur Schaffung einer eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung.

Die Vorberatung der Friedensverträge in London

Die Verhandlungen über Deutschland

Der Vorschlag einer Zwischenlösung

Tel. unseres Korrespondenten

Sch. London, 24. Januar

Der australische Delegierte *Oberst Hodgson* hat auf der Konferenz der Stellvertreter der Außenminister am Donnerstag sichtlich Eindruck mit seiner Forderung gemacht, daß die achtzehn *kleineren* und *mittleren Staaten* vom Viererrat informiert und konsultiert werden sollten. Der russische Delegierte *Gusew,* der auf Grund seiner Instruktionen bisher am starrsten daran festhielt, daß der Viererrat nicht erweitert werden dürfe, war gegenüber dem australischen Delegierten sehr höflich und bemühte sich zum mindesten der Form nach, die scharfen Kanten etwas abzuschleifen. Er versicherte dem Australier, daß der Viererrat die Meinung der Australier und der andern „Achtzehn" jeweils einholen wolle, wenn irgendeine Frage nicht völlig klar sei.

Der Sprecher Australiens, Oberst Hodgson hat interessanterweise die Initiative Robert Murphys, des amerikanischen Delegierten, der als erster eine *Interimslösung* für Deutschland vorschlug, in aller Form unterstützt. Australien hat es damit überhaupt erst möglich gemacht, daß die Stellvertreter im Lancaster House sich mit dieser Frage befassen können, da ja die vier Großmächte selbst diesmal keine eigenen Vorschläge einbringen sollten. Nachdem aber Australien jetzt erklärt hat, daß man für den Friedensvertrag mit Deutschland zwei Phasen vorsehen solle, nämlich zunächst die Vereinbarung einer Zwischenlösung und erst in einem späteren Zeitpunkt den Abschluß eines endgültigen Vertrags, wird die Londoner Konferenz diese wichtige Entwicklung in aller Form durcharbeiten können. Der australische Vorschlag geht davon aus, daß im jetzigen Zeitpunkt noch nicht abzusehen sei, wie der Friedensvertrag mit Deutschland sich endgültig in das Bild einer befriedeten Welt einfügen könne. Die Australier wollen sowohl den Europäern als den Deutschen Zeit geben, sich zunächst einmal zu erholen. Auch sind sie der Meinung, wie Oberst Hodgson ausdrücklich bemerkte, daß die deutsche Oeffentlichkeit voraussichtlich eine Regierung, die ihre Unterschrift unter einen Gewaltfrieden setzen würde, nicht lange dulden würden, was praktisch nur darauf hinausliefe, daß die heutigen demokratischen Parteien unter der Last eines Diktatfriedens ersticken müßten.

Heute wird der südafrikanische Delegierte zu Wort kommen und das Bild der Einstellung der britischen Dominions vervollständigen

Die österreichisch-tschechoslowakische Grenze

London, 25. Jan. ag (Reuter) Ein Sprecher der österreichischen Delegation an der Londoner Konferenz erklärte, Oesterreich sei bereit, mit der Tschechoslowakei die *Grenzfrage* zu besprechen, sobald der Staatsvertrag der Alliierten mit Oesterreich abgeschlossen sei. Die österreichische Regierung habe die tschechoslowakische Note erhalten, in welcher die Abtretung eines kleinen Gebiets gegenüber *Bratislava* angeregt wird. Die österreichische Regierung habe die tschechoslowakische Regierung wissen lassen, sie habe nichts dagegen, direkte Verhandlungen in dieser Angelegenheit einzuleiten, sobald der Vertrag zustandekommt. Die Wiederherstellung des österreichischen Staates innerhalb der Grenzen von 1937 sei eine grundsätzliche Frage, die im Staatsvertrag verankert sein müsse. Erst nach dieser Regelung sei Oesterreich in der Lage, die Frage der Grenzbereinigung mit der Tschechoslowakei zu besprechen.

Die jugoslawischen Ansprüche in Kärnten

Ein österreichischer Kommentar

wg. Die Klagenfurter „Volkszeitung", ein Organ der katholischen Volkspartei Oesterreichs, veröffentlicht einen ausführlichen Kommentar zur Forderung Jugoslawiens nach der Teilung Kärntens. Das Blatt erklärt einleitend, im Land herrsche ein starkes Gefühl der Befremdung und Ueberraschung; denn die neuen territorialen Forderungen hätten mit der slowenischen Frage in Kärnten kaum etwas zu tun, sondern seien ein Ausdruck des *Landhungers.* Ihre Durchführung würde nur Unheil hervorrufen. Ihre Unerfüllbarkeit liege bereits in ihrer widernatürlichen Ueberspannung. Außerdem wäre die in London vorgetragene Begründung falsch. Nach den vom illegalen Gauleiter Habicht im Juli 1934 unter dem Losungswort „Preisschießen" organisierten nationalsozialistischen Aufstand seien die von der österreichischen Front geschlagenen Nationalsozialisten nach Jugoslawien geflüchtet und im Lager von Warasdin untergebracht worden, von wo sie über die adriatischen Häfen nach Deutschland zurückkehrten, um vier Jahre später als nationalsozialistische „Oesterreichische Legion" in Oesterreich einzumarschieren und wieder drei Jahre später als deutsche Eroberer nach Jugoslawien weiterzuziehen. Weder das alte noch das neue Oesterreich könne für die Politik Berlins zur Verantwortung gezogen werden. Das Parteiorgan schließt mit einer außerordentlich interessanten Erklärung zur Anschlußfrage:

„Wenn jetzt das neue Schlagwort von einem Anschluß an Jugoslawien geprägt wird, kommen von selbst verschiedene Vergleiche. Das Wort *Anschluß* hat in der österreichischen Politik einen sehr

Der Stufenschritt

—lsch. Meßbarkeit ist der Krondiamant des naturwissenschaftlichen Ideals unserer Tage. Jenseits der Meßbarkeit fängt für die Anhänger dieses Ideals, die sich Positivisten nennen, die Willkür an, und der Willkür auf dem Fuß folgen in ihren Augen Aberglaube, Gauklertum und Spielerei.

Messend kann man in der Tat wunderbar Ordnung machen in einer aus Stoffen und Kräften bestehenden Welt. Man kann sehr erfolgreich Analysis treiben, kann feine und feinste Unterscheidungen treffen und kann dabei zu Einsichten gelangen, die sich in Technik und Wirtschaft sehr effektvoll auswerten lassen. Das ist aber auch alles und ist bei weitem nicht genug, um der Gesamtnatur und aller Erscheinungen habhaft zu werden, die sie hervorbringt. Denn es gibt Phänomene an ihr, die sich nicht messen lassen und die dennoch zu den Grundphänomenen des Naturlebens gehören.

Eines dieser Grundphänomene ist identisch mit der Wahrnehmung, daß die Qualitäten (oder Eigenschaften) eines beliebigen Materialklumpens sich nicht ableiten lassen aus den Qualitäten der Elemente, aus welchen er aufgebaut ist. Es ist zwar möglich und auch durchaus erlaubt, in Gedanken von den als „Wirkungsquanten" bezeichneten Bausteinen der Atome über Moleküle und Molekülkomplexe zu Viren, Einzellern, Pflanzen und Tieren schrittweise vorzudringen und dabei zu einer in sich scheinbar zusammenhängenden Entwicklungsreihe zu gelangen, die von den form- und qualitätsarmen Einheiten der subatomaren Stufe (Elektronen, Protonen, Photonen usw.) zu immer qualitätsreicheren Einheiten führt und schließlich im Menschen, als dem an Qualität reichsten Naturgebilde, ihren Gipfel erreicht. Es kann sogar durch Beobachtung und Analysis festgestellt werden, daß jede Einheit höherer Stufe die Elemente aller unter ihr stehenden in sich trägt, und es kann auch gemessen und errechnet werden, in welcher Menge jede untere Einheit in der nächsthöheren vorkommt. Es gibt jedoch keine Möglichkeit, die Qualitäten eines dieser Gebilde höherer Stufe, zum Beispiel die des Atoms, auf irgend eine messende, rechnende oder logische Weise abzuleiten aus den Qualitäten jener Elektronen, Protonen, Photonen usw., die seine Bausteine sind, und ebensowenig gibt es eine Möglichkeit, von den Atomqualitäten den Weg zu finden zu jenen der Moleküle, deren Aufbau die Atome besorgen oder vom Molekül sich durchzuschlagen zum kleinsten einzelligen Lebewesen, das uns bekannt ist. Jede dieser Einheiten höherer Stufe ist vielmehr ein Novum, wie jeder am Wasser merken kann, das in keiner seiner Eigenschaften übereinstimmt mit den Eigenschaften des Sauerstoffs und des Wasserstoffs, in welche es bei passender Behandlung zerfällt.

*

In der Tat ist innerhalb einer Welt, die nur messende, rechnende und logische Methoden als Forschungsmittel der Wissenschaft für zulässig hält, der Gedankensprung, den man machen muß, um von einer materiellen Einheit niederer Stufe zur nächst höheren hin zu gelangen, nicht grotesker als der Schluß von Kometenschwänzen auf Krieg oder von der Lage des schwarzen Buben in einem Kartenspiel auf das Schicksal der Person, die die Karten gemischt hat.

Dennoch wird der Sprung gemacht. Und von wem wird er gemacht? — Einmal von der Natur, und zwar über die Köpfe aller jener hinweg, für welche die Natur dort zu Ende ist, wo ihre messenden und rechnenden Methoden, ihre Kursbücher also, versagen. Zum zweiten wird der fragliche Sprung von allen jenen gewagt oder wenigstens zu wagen versucht, die das Hantieren mit Meßinstrumenten und Zahlenreihen nicht als das Unterscheidungszeichen von ernsthafter wissenschaftlicher Arbeit und bloßem Gauklertum anerkennen.

Es steht nämlich so, daß der Mensch auch philosophische und ästhetische Bedürfnisse hat, und wenn auch an diesen Bedürfnissen vieles nur konventionelles Brimborium ist, so stürzen sie sich doch immer wieder auf den von der Zunft der Naturwissenschafter als unverdaulich beiseitegelegten Stoff, ja sie finden an ihm (unter Umständen) sogar viel Anregung und Gefallen: wie zum Beispiel einst Goethe und Lichtenberg.

Damit soll nicht gesagt sein, daß Philosophen oder Leute, die die Welt als Kunstwerk und nicht als Maschine betrachten, zum Stufenschrittproblem so Bedeutendes vorgebracht hätten, daß sich die Positivisten und Maschinalisten vor ihnen in den hintersten Küchenwinkel verkriechen müßten. Immerhin scheint es mir eine Auffassungsweise zu geben, die der Ausarbeitung zwar noch harrt, dem Stufenschrittproblem aber doch besser gewachsen ist als alle geistigen Waffen aus der Rüstkammer der sogenannten exakten Naturwissenschaften und die dennoch nichts mit einem Schluß von Kometenschwänzen auf Krieg und ähnlichen Sprüngen gemein hat: es ist die Vorstellung, daß die subatomaren Einheiten der Materie, also die Elektronen, Protonen und Photonen usw., keine bloßen wirkungsquantenhaften Massenklümpchen, sondern Individualitäten sind, und daß die Atome, zu deren Bildung sie sich zusammenfinden, als Gefüge, Verbände oder Genossenschaften solcher Elementarindividuen aufgefaßt werden müssen, nicht als summenhafte „Zusammensetzungen", wie es gemeinhin geschieht. Verbands- oder Genossenschaftscharakter käme auch den Molekülen und allen nächst höheren Stufeneinheiten des Organismenreichs zu.

*

Hier werden sich bereits empörte Gegenrufe über ungerechtfertigten Biologismus erheben. Aber Individuum sein heißt ja nur Sonderfall sein, und genau als solche Sonderfälle weisen die Wirkungsquanten sich auch in den Händen des Physikers aus. Unbekannt in der Physikersprache sind nur die Wörter: Gefüge, Verband, Genossenschaft.